

Für Volkswirtschaftsdepartement

Politischer Bericht No. 15/19.

*ad.*

Herr Bundesrat

Herr Minister für Handel

3. Zusatz

*Bitte um Instellung!*

Berlin, den 4. Dezember 1919.

18. DEZ. 1919

*189 dg*

*18. XII. 1919*

*Generaldirektor*

*Widmann*

Herr Bundesrat,

Es ist mir trotz bestem Willen nicht möglich, für den heutigen Kurier einen einläßlichen Bericht über meine Besprechungen mit den Ministern des Auswärtigen und der Wirtschaft auszuarbeiten; ich muß mich darauf beschränken, den Inhalt meiner beiden Telegramme vom 2. und 3. l.Mts. zu bestätigen und folgende kurze Erläuterungen beizufügen.

1. W i r t s c h a f t s a b k o m m e n . Ich habe durchaus den Eindruck erhalten, daß man großes Gewicht darauf legen würde, den geforderten Weltmarktpreis franko Basel für Kohle durchzusetzen, weil die Preisregelung gegenüber den Neutralen maßgebenden Einfluß haben wird auf die Festsetzung des Preises, den die Entente für die Zwangslieferungen bezahlen wird. Namentlich aus diesem plausiblen Grunde wünscht man den Preis, den die Schweiz zu zahlen haben wird, so hoch als möglich zu halten. Ich habe mich natürlich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Forderung überhaupt nicht diskutierbar sei und bin soweit gegangen zu erklären, daß der Bundesrat vorziehen würde, auf jeden Vertrag zu verzichten, als den geforderten Kohlenpreis anzunehmen. Minister Müller ließ sich auf eine materielle Diskussion nicht ein, weil

*Die Publikation des Herrn Bundesrat Müller ist zu vermeiden*

Generaldirektor

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundesrat Calonder,

B E R N .

*Kennntnis genommen*

Kennntnis genommen.

10. 12. 19.

*Widmann*

16. XII. 19.



Dodis



er nicht unterrichtet war, wogegen Herr Minister Schmid mir einläßlich den Standpunkt auseinandersetzte, um mit der Erklärung zu enden, daß es der deutschen Regierung natürlich darum zu tun sei, auch in diesem Falle mit der Schweiz zu einer Verständigung zu gelangen und daß er aus diesem Grunde Auftrag geben werde, in Bern weiter zu unterhandeln, um zu einem Ergebnis zu gelangen, das auch für die Schweiz annehmbar sei. Ich bin auf eine substantielle Erörterung der Frage nicht eingetreten, weil ich dazu keinen Auftrag hatte und weil mir überdies alle Unterlagen fehlten; ich war sogar nicht einmal in der Lage, dem Minister Auskunft zu geben über die Preise, die jetzt bezahlt werden. So mußte ich mich auf die Erklärung beschränken, daß ich nur den Auftrag hätte, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir die bisher gestellten Bedingungen unter keinen Umständen annehmen und es eher auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen lassen würden, das Weitere sei Sache der Unterhändler in Bern. Ich hatte den Eindruck, daß diese Erklärung ihre Wirkung nicht verfehlt habe und hoffe, daß es nun möglich sein werde, eine Basis für die Verständigung zu finden.

E i n f ü h r b e s c h r ä n k u n g e n . Ich habe den beiden Ministern Kenntnis gegeben von der A b s i c h t , die bestehe, die Einfuhr in der Möbelbranche vorübergehend einzuschränken, um der Notwendigkeit der Entlassung von Arbeitern zu begegnen. Minister Schmid sagte sofort, daß er die Lage der Schweiz sehr wohl verstehe und deshalb nichts auch vom deutschen Standpunkt einwenden könne gegen die geplante Maßnahme, wenn dieselbe wirklich nur den Zweck habe, einen Notstand zu beseitigen, der ja offenbar bestehe. Der Minister ließ ~~deutlich~~ erkennen, daß nach seiner Auffassung eine solche Maßnahme der deutschen Regierung keinen Anlaß bieten werde zu irgendwelchen Gegenmaßnahmen und zu einer unfreundlichen Beurteilung des Verhaltens der Schweiz. Es liege dazu, so meinte der Minister, um so weniger Veranlas-

sung vor, als Deutschland ja genötigt sei, die A u s f u h r weiter einzuschränken und eine genaue Kontrolle des Ausfuhrhandels und der Preise für ausgeführte Ware einzurichten.

Damit waren wir auf den dritten Punkt gekommen, den ich zu besprechen hatte, nämlich die A u s f u h r z ö l l e.

Wie ich Ihnen schon telegraphiert habe, scheint die deutsche Regierung entschlossen, den Kampf gegen die Verschleuderung der deutschen Waren nach dem Auslande oder besser gesagt gegen die Abgabe solcher Waren zu Preisen, welche unter Berücksichtigung der Valuta dem Werte nicht entsprechen, den die Ware für den Käufer hat, aufzunehmen. Und zwar scheint man zunächst den Versuch machen zu wollen, die Ausfuhr unter strenge Kontrolle zu stellen und zu verlangen, daß gewisse Ausfuhrmengen nicht überschritten und vor allem, daß gewisse Mindestpreise eingehalten werden. Die Ausfuhrkontrolle ist wohl in der Hauptsache nur das Mittel zum Zweck der Preiskontrolle. Zur Durchführung dieser letzteren soll das Institut der A u s l a n d s v e r k a u f s t e l l e n , welches jetzt schon für wichtige Ausfuhrartikel, so z.B. für Kohle und Kali besteht, möglichst auf alle Waren ausgedehnt werden, welche für die Ausfuhr überhaupt ernstlich in Betracht fallen. Diese Verkaufsstellen, die als private Organisationen unter staatlicher Aufsicht und Mitwirkung gedacht sind, sollen darüber wachen, daß die geforderten Preise den oben umschriebenen Bedingungen entsprechen. Der Minister meinte, es müsse ~~dabei~~ bei Regelung des Preises ins Auge gefaßt werden einerseits das Bestreben, dem deutschen Nationalvermögen so viel als möglich zuzuführen, aber andererseits auch die Notwendigkeit, die volle Konkurrenzfähigkeit auf dem ausländischen Markte zu erhalten. Da diese beiden Endzwecke wesentlich bedingt seien durch den jeweiligen Stand der Valuta, müsse der Preiszuschlag durchaus beweglich sein und könne nur von Fall zu Fall bestimmt werden. Aus dem gleichen Grunde eigne sich das System der Ausfuhr z ö l l e nicht wohl, weil es

zu wenig befähigt sei, sich der augenblicklichen Konjunktur anzupassen. Das Bedürfnis des Fiskus und das Bestreben, keine Differenzierung in den Löhnen an Inlands- und Auslandsarbeiter eintreten zu lassen, sollen dadurch befriedigt werden, daß von dem Preisaufschlag ein gewisser Prozentsatz an den Fiskus abzugeben sei. Es handle sich dabei um eine interne Maßnahme, welche für den Verkehr mit dem Auslande und mit dem Konsumenten nicht in die Erscheinung trete und es solle vor allem diese Abgabe nicht zu einer V e r t e u e r u n g der Ware führen.

Das Vorstehende unterrichtet Sie über die A b s i c h t e n der deutschen Regierung, welche demnächst die Gestalt von Beschlüssen erhalten sollen. Dabei ist noch ungewiß, ob die ganze Frage vorgängig in der Nationalversammlung erörtert werden soll. Die Widerstände der Geschäftswelt gegen die Pläne der Regierung, welche im Grunde genommen nichts anderes bedeuten als die Wiederkehr zu den Grundsätzen des früheren Ministers Wissel, sind groß, aber man scheint in der Regierung entschlossen zu sein, darüber hinwegzugehen.

Für die Schweiz ist natürlich diese Lösung nicht erwünscht, weil sie unsere Konsumenten vielfach um die jetzt bestehende Möglichkeit bringen wird, zu ganz billigen Preisen in Deutschland zu kaufen. Andererseits wird auf diesem Wege der jetzt beklagte Zustand der Schleuderkonkurrenz gründlich beseitigt werden.